



### **Vertreter der Beiräte**

Frau Ashley Rose Fritsch  
Frau Ursula Honsa  
Herr Jan Krech

Seniorenbeirat  
Beirat für Menschen mit  
Behinderung

nicht entschuldigt  
nicht entschuldigt  
nicht entschuldigt

### **Schriftführer:**

Herr Paul Hesse, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2020 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Digitalisierung an Potsdamer Schulen  
Vorlage: 20/SVV/0987  
Fraktion Freie Demokraten
  - 3.2 Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen  
Vorlage: 20/SVV/1309  
Fraktion CDU
  - 3.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2021  
Vorlage: 20/SVV/1374  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
  - 3.4 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und  
Jugendlichen in Potsdam"  
Vorlage: 20/SVV/1273  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
  - 3.5 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 20/SVV/1393  
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
  - 3.6 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 20/SVV/1394  
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
  - 3.7 Barrierefreiheit auch an Schulen mit Denkmalschutz  
Vorlage: 20/SVV/1414  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Möglichkeiten zur Verkürzung der Wartelisten der Städtischen Musikschule "Johann Sebastian Bach"
- 4.2 Sporthalle Kurfürstenstraße  
gem. DS 20/SVV/1204
- 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
- 5 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Wollenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung als Videokonferenz.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Aufgrund von Einwahlproblemen verzögert sich der Sitzungsbeginn zunächst. Die Sitzung wird erst eröffnet, nachdem der Zugang für alle Ausschussmitglieder gesichert wurde.

Zu Beginn der Sitzung sind **8** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Wollenberg schlägt vor, die Tagesordnungspunkte entsprechend der Reihenfolge der Tagesordnung zu behandeln. Gegen den von Herrn Wollenberg gemachten Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Folgende Anmerkung zur Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2020 liegt vor:

Frau Schkölziger bittet darum, dass die Textpassage „Frau Schkölziger betont, dass die Berichte im Laufe der Zeit immer gezielter geworden seien“ wie folgt geändert wird: „Frau Schkölziger betont, dass **davon auszugehen ist, dass** die Berichte im Laufe der Zeit immer gezielter geworden ~~seien~~ **formuliert werden**“.

Die geänderte Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2020 wird so einstimmig angenommen.

## zu 5 **Sonstiges**

### **Aktuelle Corona-Lage**

Frau Aubel informiert, dass aufgrund der Bestimmungen des Bundes seit dem 14.12.2020 für alle Schülerinnen und Schüler mit Ausnahme der Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen sowie der Schülerinnen und Schüler bestimmter Förderschulen nur Distanzunterricht stattfinden würde. Eine Notbetreuung ab dem 04.01.2021 würde geplant werden. Es sei hierfür geplant, dass die Eltern schnellstmöglich Informationen über die Antragsberechtigung erhalten. Erforderlich sei hierfür eine Bescheinigung vom Arbeitgeber. Gemäß einer Videokonferenz mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) am 15.12.2020 sei es geplant, schnellstmöglich klarzustellen, wer antragsberechtigt ist. Möglicherweise würden hierfür auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Urlaub geholt werden. Die Notbetreuung würde für die ersten bis vierten Klassen während des Vormittags gelten. Die Planung würde für den Zeitraum vom 04.01.2021 bis zum 08.01.2021 laufen, gegebenenfalls würde es eine Verlängerung über diesen Zeitraum hinaus geben. Die Notbetreuung würde wahrscheinlich nur für systemrelevante Eltern in Frage kommen.

Herr Kulke möchte in Bezug auf Kindeswohlgefährdung wissen, welche Kinder noch betreut werden können. Frau Aubel antwortet, dass die Verwaltung diese Kinder berücksichtigen würde. Es sei geplant, diese Kinder in der Schule zu versorgen, abhängig von einem möglichen Betretungsverbot. Gegebenenfalls gebe es erneut eine kostenlose Mittagessenslieferung.

Herr Dörschel möchte wissen, worum es sich beim Distanzlernen handelt. Frau Aubel antwortet, dass dies ein Terminus des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) sei. Die Schulen würden dies individuell handhaben. Gemäß der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Frau Ernst würden die Schulen darauf vorbereitet sein.

Herr Porath möchte wissen, ob es bereits Planungen in Bezug auf systemrelevante Eltern gibt. Frau Aubel antwortet, dass das Land Brandenburg die Definition der Systemrelevanz vorgeben würde. Dazu hätte sich das Land Brandenburg noch nicht geäußert.

Frau Bartelt macht darauf aufmerksam, dass eine Anpassung der Lerninhalte notwendig sei. Frau Schkölziger möchte wissen, wie man von Kindeswohlgefährdung betroffene Kinder in die Notbetreuung bekommt. Frau Aubel führt aus, dass die Verwaltung diese Kinder bereits damals identifiziert hätte und dass diese Kinder auch in der Schule angekommen wären. Es sei aus Sicht der Verwaltung nur ein Appell an die Eltern, dass die Kinder in der Häuslichkeit bleiben sollen.

## zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 3.1 **Digitalisierung an Potsdamer Schulen**

**Vorlage: 20/SVV/0987**

Fraktion Freie Demokraten

Herr Jetschmanegg vom Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung führt aus, dass sich die Fraktion der Freien Demokraten und die Verwaltung bezüglich des Antrags „Digitalisierung an Potsdamer Schulen, Vorlage: 20/SVV/0987“

verständlich hätten. Dabei seien einige Punkte konkretisiert und ein Änderungsantrag zum Antrag „Digitalisierung an Potsdamer Schulen, Vorlage: 20/SVV/0987“ entwickelt worden.

Herr Porath führt aus, dass die Verständigung zwischen der Fraktion der Freien Demokraten und der Verwaltung bezüglich des Antrags „Digitalisierung an Potsdamer Schulen, Vorlage: 20/SVV/0987“ konstruktiv gewesen wäre. Entsprechende Berichte hierzu wären gängige Praxis und in der Vergangenheit nicht spezifisch gewesen, daher wäre der Antrag „Digitalisierung an Potsdamer Schulen, Vorlage: 20/SVV/0987“ entsprechend angepasst worden. Langfristig wäre dazu die Bildung eines Arbeitskreises geplant, derzeit wäre dies jedoch nicht Inhalt des Antrags „Digitalisierung an Potsdamer Schulen, Vorlage: 20/SVV/0987“.

18:21 Uhr Herr Weber betritt die Sitzung.

Herr Wollenberg schlägt vor, dem Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung zu folgen, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt anzusehen.

Herr Porath merkt an, dass sich die konkrete Ausgestaltung des entsprechenden Berichts im Änderungsantrag zum Antrag „Digitalisierung an Potsdamer Schulen, Vorlage: 20/SVV/0987“ befinden würde und dass darüber eine Abstimmung erforderlich sein würde.

Frau Schkölziger unterstützt den von Herrn Wollenberg gemachten Vorschlag.

Herr Wollenberg stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt anzusehen.

Herr Wollenberg stellt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag als **durch Verwaltungshandeln erledigt** anzusehen.

**zu 3.2 Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen**  
**Vorlage: 20/SVV/1309**  
Fraktion CDU

Herr Viehrig führt aus, dass die Fraktion CDU mit Hilfe des Antrags „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ Prävention betreiben wolle. Hierfür habe man nun Zeit, da derzeit nur wenige Schülerinnen und Schüler in der Schule seien. Im Antrag „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ ginge es um eine Unterstützung der Verwaltung, beispielsweise mit ausreichender Versorgung von Behältern mit Desinfektionsmittel.

Herr Hilbert führt aus, dass es in Bezug auf die Hygienepläne der Schulen aktuell

drei Handlungsempfehlungen geben würde. Diese seien der Infektions- und Arbeitsschutz in den Schulen in Brandenburg im Zusammenhang mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2/COVID-19 (Ergänzung zum Hygieneplan), die Organisation des Schuljahres 2020/2021 sowie schulspezifische Hygienepläne. Die Schulen würden häufiger gereinigt werden, hierzu gehöre insbesondere die Reinigung der Handläufe. Gemäß des Verwaltungsstabs seien Desinfektionsmittel Gefahrstoffe. Reinigungsmittel und Reinigungstücher würden zur Verfügung gestellt werden. Gemäß des Fachbereichs Öffentlicher Gesundheitsdienst seien die Hände mit Seife zu waschen. Die Ausstattung einzelner Schulen mit Raumluftfiltern sei denkbar. Die Abrechnung von Kosten für Mund-Nasen-Bedeckungen sei über den Schulsozialfonds möglich. Seit dem 14.12.2020 könnten hierfür auch Primarstufen über den Schulsozialfonds unterstützt werden. Frau Aubel ergänzt, dass in den Schulleiterberatungen verdeutlicht worden sei, dass Desinfektionsmittel Gefahrstoffe seien. Dazu habe es kein Unverständnis oder Diskussionsstoff gegeben.

Herr Böttcher fragt nach der Sinnhaftigkeit des Antrags „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“. Herr Viehrig antwortet, dass der Antrag „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ ein Beispiel sei und dass es um Unterstützung ginge. Frau Aubel ergänzt, dass dies für die Verwaltung als Schulträger ein originärer Auftrag sei und dass die Verwaltung in engem Kontakt mit den Schulleitungen stehen würde. Bei Problemen würden sich diese an die Verwaltung wenden.

Herr Weber verweist auf die Möglichkeit der Benutzung von UVC-Lampen.

Herr Wollenberg schlägt vor, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt anzusehen oder abzulehnen.

Herr Viehrig stellt klar, dass er keine nachträglichen Diskussionen möchte. Frau Schkölziger merkt an, dass Hygienepläne schon länger existieren würden, dabei sei alles umgesetzt worden. Frau Bartelt schlägt vor, gegebenenfalls einen Antrag in Bezug auf Luftfilter konkret zu formulieren. Herr Viehrig merkt an, dass Änderungen des Antrags „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ denkbar sind. Herr Wollenberg macht deutlich, dass die Verwaltung nicht mehr machen könne.

Frau Schkölziger regt an, dass auf Grundlage des Antrags „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ eine finanzielle Unterstützung zu befürworten ist. Herr Viehrig unterstützt den von Frau Schkölziger gemachten Vorschlag. Frau Lange regt an, dass im Antrag „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ statt der Wörter „noch besser“ das Wort „bestmöglich“ verwendet wird. Frau Aubel macht deutlich, dass die Erwartung an die Verwaltung unklar sei. Die Schulen seien derzeit mit anderen Dingen beschäftigt. Es sei fraglich, was die Verwaltung nach Beschluss des Antrags „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ machen kann.

Herr Viehrig merkt an, dass das klare Votum die Stärkung des Ausschusses sei. Frau Schkölziger antwortet, dass dies ein gutes Signal ist. Frau Bartelt gibt bekannt, dass sie für eine gemeinsame Presseerklärung plädiert. Herr Böttcher merkt an, dass er im Antrag „Potsdam stärken - Corona-Pandemie besser vorbeugen, Vorlage: 20/SVV/1309“ keine Sinnhaftigkeit sieht. Herr Viehrig gibt bekannt, dass er die Anregungen bestmöglich aufnimmt.

Frau Bartelt bittet zu vermerken, wo Frau Aabel Unterstützung beim Land Brandenburg benötigt.

Herr Viehrig bringt namens der Fraktion CDU folgenden Änderungsantrag ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu überprüfen, wie die Landeshauptstadt Potsdam insbesondere in der Potsdamer Schullandschaft sowie den Bildungseinrichtungen noch besser~~ **bestmöglich** bei der Bewältigung der Corona-Pandemie **zu unterstützen kann, wie z.B. mit ausreichender Versorgung von Behälter mit Desinfektionsmittel.** **Maßnahmen aus diesem Bereich sind prioritär zu betrachten/umzusetzen.**

Dem Hauptausschuss ist zeitnah über möglichen Maßnahmen zu berichten.

Herr Wollenberg stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt geändert zu beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu überprüfen, wie die Landeshauptstadt Potsdam insbesondere in der Potsdamer Schullandschaft sowie den Bildungseinrichtungen noch besser~~ **bestmöglich** bei der Bewältigung der Corona-Pandemie **zu unterstützen kann, wie z.B. mit ausreichender Versorgung von Behälter mit Desinfektionsmittel.** **Maßnahmen aus diesem Bereich sind prioritär zu betrachten/umzusetzen.**

Dem Hauptausschuss ist zeitnah über möglichen Maßnahmen zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

**zu 3.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2021**

**Vorlage: 20/SVV/1374**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Richter informiert mit Hilfe einer Präsentation über den Wirtschaftsplan 2021 des Kommunalen Immobilien Service Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam (siehe **Anlage 1**).

Herr Böttcher möchte wissen, warum das Projekt „Förderschule am Standort Waldstadt-Süd“ neu in den Wirtschaftsplan aufgenommen wurde. Herr Richter führt aus, dass es eine Diskussion über den Standort der Förderschule gegeben hätte, daher sei das Projekt „Förderschule am Standort Waldstadt-Süd“ zuvor nicht in den Wirtschaftsplan aufgenommen worden.

Herr Böttcher fragt, ob die geplante Kita am Standort Heinrich-Mann-Allee zunächst mit einem Containerbau in Betrieb genommen wird. Herr Richter

antwortet, dass die geplante Kita am Standort Heinrich-Mann-Allee als dauerhafte Einrichtung sofort in Betrieb genommen werden würde. Für die geplante Interims-Grundschule am Standort Heinrich-Mann-Allee würde zunächst eine Containerlösung in Frage kommen.

Herr Wollenberg stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

## **zu 5 Sonstiges**

### **DigitalPakt**

Herr Jetschmanegg vom Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung führt aus, dass am 15.12.2020 die Unterlagen für den DigitalPakt abgegeben worden seien. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government bestätigt, dass die Unterlagen für den DigitalPakt am 15.12.2020 eingereicht worden seien und ergänzt, dass die Unterlagen für den DigitalPakt in digitaler Form bereits in der Woche vom 07.12.2020 bis zum 11.12.2020 eingereicht worden seien. 10,5 Millionen Euro seien über den DigitalPakt 1 geplant. 5.600 Geräte würden darüber finanziert werden. Bezüglich des Sofortausstattungsprogramms über den DigitalPakt 2 hätte die Verwaltung ihren Bedarf bei der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. gemeldet. Es gebe Lieferschwierigkeiten seitens Apple. Frau Aubel ergänzt, dass innerhalb der Verwaltung die Arbeit rund um den DigitalPakt aufgeteilt sei. Die Anträge bezüglich der Baumaßnahmen würden in Kürze eingereicht werden.

## **zu 3.4 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam"**

**Vorlage: 20/SVV/1273**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die Drucksache wird bis zur Sitzung am 16.02.2021 **zurückgestellt**.

## **zu 3.5 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 20/SVV/1393**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Herr Gessner erläutert zum Bürgerhaushalt 2015/16, LBB-Nr. 20, Prüfauftrag „Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Norden“, dass die Verwaltung Sportanlagen im Potsdamer Norden untersucht hätte. Dabei seien mehrere Standorte tiefengeprüft worden. Ein Dialog zum Remisenpark im Bornstedter Feld hätte noch nicht stattfinden können, schriftliche Beiträge hierzu seien bereits eingegangen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

### zu 3.6 **Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 20/SVV/1394**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Herr Gessner erläutert zum Bürgerhaushalt 2017, LBB-Nr. 20, Prüfauftrag „Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg“, dass im Zusammenhang mit dem Sportplatz zum Kahleberg mehrere kleinteilige Maßnahmen stattgefunden hätten. Die Verwaltung sei guter Dinge, dass die Maßnahmen im Jahr 2021 beginnen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

### zu 3.7 **Barrierefreiheit auch an Schulen mit Denkmalschutz**

**Vorlage: 20/SVV/1414**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Richter führt aus, dass sich Barrierefreiheit und Denkmalschutz nicht ausschließen würden. Bei der Herstellung von Barrierefreiheit bei Bestandsgebäuden gebe es wesentliche Anforderungen wie einen bestimmten Platz für eine Aufzugsanlage, barrierefreie WC-Anlagen sowie die Schaffung eines gesicherten Wartebereichs für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer. Zusätzlicher Platz und zusätzlicher Raumbedarf führe zum Verlust von Unterrichtsräumen. Unter Umständen könne bei einer barrierefreien Umgestaltung der Bestandsgebäude die Zügigkeit nicht aufrechterhalten werden.

Herr Dörschel macht deutlich, dass die Maßnahmen angegangen werden sollten, dafür müsse man diese in eine Prioritätenliste einsortieren. Problem bei der Schule des Zweiten Bildungsweges „Heinrich von Kleist“ (Schule 15) sei die Einzigartigkeit der Schulform in der Landeshauptstadt Potsdam, daher sei eine andere Lösung dort nicht möglich.

Frau Bartelt fragt nach zusätzlichen Auflistungen zu den Maßnahmen. Herr Sima verweist auf höhere Kosten bei der Sanierung der Schule am Griebnitzsee (Grundschule 33). Herr Richter stellt klar, dass er eine frühere Sanierung der Schule am Griebnitzsee (Grundschule 33) befürwortet hätte, dies wäre allerdings damals haushaltsrechtlich anders entschieden worden. Es sei illusorisch, alle Projekte gleich anzugehen. Derzeit seien vier Projektleiterstellen unbesetzt. Es würden finanzielle und personelle Ressourcen fehlen. Bei Neubauten müssten die Vorschriften der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) beachtet werden, wonach barrierefreies Bauen keine freiwillige Aufgabe sei, sondern eine Aufgabe, zu der eine Pflicht aufgrund von technischen Regeln durch DIN bestehen würde. Der Aufwand einer gesonderten Darstellung, was wo gemacht werden kann, sei zu groß.

Herr Dörschel möchte wissen, ab welchem Modernisierungsgrad Maßnahmen erforderlich sind. Herr Richter stellt klar, dass die Verwaltung den Anforderungen gerecht werden würde.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

#### **zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1      Möglichkeiten zur Verkürzung der Wartelisten der Städtischen Musikschule "Johann Sebastian Bach"**

Die Direktorin der Musikschule Frau Lupuleak führt aus, dass sich die Städtische Musikschule „Johann Sebastian Bach“ während der letzten zehn Jahre verstärkt dem Thema Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen zugewandt hätte. Dies verdeutliche die Durchführung der Projekte „Klasse: Musik für Brandenburg“, „JEKISS (Jedem Kind seine Stimme) - Die singende Grundschule“ und „JamMBoxX“. Im Jahr 2010 hätte es keine Kooperationen gegeben, im Jahr 2019 hätte es 24 Kooperationen und 1.298 Schülerinnen und Schüler in Kooperationen gegeben. Frau Lupuleak weist darauf hin, dass von den über 1.000 Schülerinnen und Schülern in Kooperationen viele nur so den Weg zu einer musikalischen Ausbildung finden würden. Das Klavier, die Violine/Viola und das Violoncello seien in der Landeshauptstadt Potsdam stark nachgefragte Instrumente, möglicherweise müsse man sich in einer Stadt wie Potsdam mit einem hohen Anteil an im besten Sinne sehr bildungsbürgerlich geprägten Familien damit abfinden. Allerdings hätten bei den unterrichteten Wochenstunden gemäß Antrag beim MWFK im Jahr 2020 der Fachbereich Tasteninstrumente einen Anteil von 24,98 Prozent und der Fachbereich Streichinstrumente einen Anteil von 20,91 Prozent ausgemacht. Trotzdem sei es ein Schatten, dass mehr Interessenten auf der Warteliste bleiben würden, als aufgenommen werden könnten. Eine große Zahl an potentiellen Nutzern würde möglichst in der Innenstadt Unterricht erhalten wollen. Für die Reduzierung der Wartelisten gebe es drei Lösungsansätze. Ein Lösungsansatz sei eine Orientierungsstufe für Klavier mit Gruppen à 4 Schülern. Dabei würde ab dem zweiten Jahr eine Aufteilung in gut funktionierende Zweiergruppen erfolgen. Ein weiterer Lösungsansatz sei das Projekt „Zweite Liebe“. Die Idee dahinter sei das Angebot eines anderen Instrumentes wie beispielsweise Oboe. Ziel sei hierbei die Hinführung zu der Entscheidung, ob sich die zweite Liebe zur ersten Liebe entwickelt hat und ob das Weitererlernen eines anderen Instrumentes wie beispielsweise Oboe gewollt ist. Ein weiterer Lösungsansatz sei die Begrenzung der Ausbildungszeit. Hierbei würde die Ausbildungszeit auf beispielsweise acht Jahre begrenzt werden. Nach acht Jahren dürfe nur der Teil der Schülerschaft weiter lernen, der eine Leistungsprüfung besteht. Dieser Vorschlag ist noch in Prüfung. Leider gebe es in der Landeshauptstadt Potsdam keine Bläserklasse. Ein weiterer Standort in der Innenstadt sei auch mit personellen Erweiterungen verbunden.

Frau Lange macht deutlich, dass lange Wartezeiten frustrierend seien und dass dabei das Interesse verloren gehen könne. Ein weiterer Standort in der Innenstadt und gegebenenfalls auch im Potsdamer Norden müsse geprüft werden. Frau Bartelt fragt nach dem Vorhandensein zusätzlicher Leihinstrumente. Herr Sima möchte wissen, ob durch private Anbieter der Druck genommen werden kann. Die Direktorin der Musikschule Frau Lupuleak führt aus, dass das Klavier seit vielen Jahren ein Dauerbrenner sei. Die Kinder würden nicht gerne lange warten. Die durchschnittlichen Wartezeiten in den einzelnen Fächern seien in der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2020 beigefügten Liste angegeben. Der Fokus liege auf mitwachsenden Instrumenten. Es sei ein guter Bestand an mitwachsenden Leihinstrumenten vorhanden.

Frau Lange möchte wissen, ob auch ein Schulstandort denkbar ist. Die Direktorin der Musikschule Frau Lupuleak führt aus, dass dies gut vorstellbar sei, dies sehe man derzeit am Schulstandort im Stadtteil Am Stern. Dies sei eine attraktive

Lösung, sofern Räume für die Musikschule vorhanden sind.

Frau Lange gibt bekannt, dass sie einen entsprechenden Prüfauftrag vorbereiten will. Die Direktorin der Musikschule Frau Lupuleak stellt klar, dass sich die Verwaltung bei der Angebotsstruktur an die Bedingungen des Gesetzes zur Förderung der Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz - BbgMKSchulG) halten müsse.

Frau Lange fragt nach den entsprechenden Bedingungen des Gesetzes zur Förderung der Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz - BbgMKSchulG). Die Direktorin der Musikschule Frau Lupuleak gibt bekannt, dass diese der Niederschrift beigefügt werden (siehe **Anlage 2**). Herr Wollenberg bestätigt, dass diese der Niederschrift beigefügt werden.

#### **zu 4.2 Sporthalle Kurfürstenstraße** gem. DS 20/SVV/1204

Herr Gessner führt aus, dass als kurzfristige Lösung die Sportakrobatik in der Grundschule Am Jungferensee (Grundschule 17) versorgt werden würde, dort sei auch eine Longe an der Decke angebracht worden. Ein Schwingboden und eine Sprunggrube seien dort nicht vorhanden, daher würden vorerst Matten verwendet werden müssen, was nach Abstimmung mit dem Märkischen Turnerbund Brandenburg e.V. funktionieren würde. Zudem habe sich die Verwaltung auch andere Sporthallen angesehen. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass ein Geräturnboden nicht liegen bleiben könne und dass ein Auf- und Abbau nicht ohne weiteres möglich sei. Die Preußenhalle würde durch Sanierung ausscheiden. Ebenso sei das Bürgerhaus Bornim keine Option. Zwei Objekte seien derzeit in Prüfung, eine Information darüber würde folgen. Eine Beteiligung der Schulleitungen sei geplant. Langfristig könnte die Sportakrobatik möglicherweise im Sportforum Am Schlaatz oder im Sportpark Luftschiffhafen durch eine denkbare Integration im jeweiligen Raumprogramm versorgt werden.

Herr Wollenberg bittet bei neuer Informationslage um einen erneuten Sachstand in der Sitzung am 16.02.2021.

#### **zu 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Wollenberg gibt bekannt, dass die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 4.3 „Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen“ der Niederschrift beigefügt werden (siehe **Anlage 3**).

**zu 5      Sonstiges**

**Ausschreibung Catering an Schulen**

Herr Hilbert führt aus, dass derzeit zwölf Ausschreibungen in Bezug auf Catering an Schulen stattfinden würden. Die Ausschreibungen seien nicht ausgesetzt worden und würden auch nicht ausgesetzt werden. Sechs Ausschreibungen seien bereits durchgeführt worden. Sechs Ausschreibungen seien noch zu bearbeiten.